

Fragwürdige Christdemokraten

Warum man sie jetzt nicht wählen sollte

Die Christlichen Parteien (CDU / CSU) haben in Bonn und Berlin in über 50 von 71 Jahren die Regierung gestellt. Oft mit fragwürdigen Maßnahmen.

Einflussnahme auf die Medien

Konrad Adenauer, dem die öffentlich rechtlichen Sender zu links erschienen, weil sie seine Politik auch kritisch sahen, führte zur Gründung des ZDF (Zweites Deutsches Fernsehen), so dass die Gebühren nun geteilt werden mussten. 1984 wurden unter Helmut Kohl private Sender zugelassen, sei es, weil man weniger kritische Berichterstattung erhoffte, sei es um reichen Geldgebern Geschäfte zu ermöglichen.

Bauern belogen

Trotz des Höfesterbens wurde in Sonntagsreden stets der Familienbetrieb gepriesen, in der Praxis aber die Großbetriebe gefördert (Wachse oder Weiche!).

Trinkwasser enthält durch Überdüngung zu viel Nitrat

Weil man den Bauern, oft brave CDU-Wähler, nicht weh tun wollte, wurde die übermäßige Düngung ab 1991 nicht bekämpft, sondern lieber ein "Vertragsverletzungsverfahren der EU" (2016 - 2018) in Kauf genommen, bei dem Deutschland unterlag. Wählerstimmen waren wichtiger als die Gesundheit der Bürger. 75% des Nitrats stammen aus der Landwirtschaft!

Umweltschutz verschlafen

Das Thema Umwelt wurde so lang verschlafen, bis die Grünen entstanden, die die Lücke füllten (Was man ihnen bei den Christdemokraten heute noch übel nimmt!).

Klimawandel nicht ernst genommen

Beim Klimawandel wurden die letzten 40 Jahre vertan, in denen man billigere und bessere Gegenmaßnahmen hätte ergreifen können. Jetzt wird es teurer und Menschen sterben in Hitzewellen.

Wohnungsnot

Helmut Kohl schaffte den Gemeinnützigen Wohnungsbau ab. Seither wächst die Wohnungsnot. Dass viele Städte ihren Wohnungsbestand verkauften, verschärfte die Krise.

Bahn ruiniert

Seit der Wende und der nach der Wiedervereinigung notwendigen Bahnreform sollte die Bahn Geld verdienen (und an die Börse). Also wurde überall gespart, Gleise beseitigt und heute ist die Bahn ein Sanierungsfall. Dabei wurde unnötiger Weise Geld in Prestigeprojekte gesteckt (Schnellfahrstrecken, Berliner Hauptbahnhof, BER, Stuttgart 21). Zugleich wurden Flieger und Autofahrer bevorzugt. Drei CSU-Verkehrsminister vergeudeten Millionen, trotz Warnungen des Bundesrechnungshofes. Statt Fahrzeuge und Gleise vorbeugend in Stand zu halten, wird heute erst repariert, wenn es nicht mehr anders geht.

Infrastruktur vernachlässigt

Wie bei der Bahn hat man die Infrastruktur in vielen Bereichen vernachlässigt. Brücken und Straßen sind marode, die Post zieht sich aus der Fläche zurück, Schulen und Universitäten sind in einem schlechten Zustand, die Lernmittel-Freiheit wurde teilweise ausgehebelt, weil Computer teurer sind als Bücher und ihre Pflege viel anspruchsvoller ist, also auch mehr Personal bindet, wie einst bei den längst abgeschafften Sprachlabors. Für Bildung ist oft zu wenig Geld da.

Energieversorgung verkauft

Die Regierung Merkel hat es zugelassen, dass Russland große Teile der deutschen Energieversorgung erwarb. Die einseitige Abhängigkeit bemerkte man erst, als die Ukraine angegriffen wurde.

Strengere Umweltauflagen verhindert

Auf Drängen der Autolobby hat Deutschland mehrfach strengere Umweltstandards in der EU verhindert. Trotzdem betrog ein Teil der Branche bei den Abgasen. Zugleich verspielte die Branche ihre technische Spitzenstellung, was ihr in Zukunft Schwierigkeiten bereiten wird, weil sie dadurch Anteile auf dem Weltmarkt verliert.

Abwanderung von Firmen

Zwar ist der Niedergang der einheimischen Produktion von Unterhaltungsindustrie, Solartechnik oder Textilien auch weltweiten Entwicklungen geschuldet, aber wenn Wissen und Können in andere Länder abwandert, fehlt es irgendwann hier im Lande, wie man bei der Corona-Pandemie merkte.

Selbstbedienungsladen Politik?

In der Corona-Pandemie zeigte sich deutlich, dass Teile der Christlichen zuerst an sich selbst denken und dann erst an das Wohl aller. Sie verkauften dem Staat Schutzausrüstung zu übersteuerten Preisen, und lieferten manchmal auch noch schlechte Qualität. Dass sie ihre Gewinne versteuern sollten, sahen sie offenbar nicht ein.

Arme und Arbeitslose

Bei Armen und Arbeitslosen fordert man, dass die sich anstrengen müssen. Aber bei den großen Firmen, die zur Gewinnmaximierung Tausende entlassen, weist man nicht auf deren Verantwortung für die Allgemeinheit hin.

Armut hat zugenommen

Das Wirtschaftswunder der 1950er Jahre wurde bei einem Spitzensteuersatz von 91% erarbeitet. Heute liegt er bei 46%! Die Reichen wurden also begünstigt. Dafür hat die Armut zugenommen, die 40% betrifft. Reiche sind zu 53% durch Erben zu ihrem Reichtum gekommen, nicht durch eigene Arbeit. Dass die Reichsten 10% für über die Hälfte der Umweltschäden verantwortlich sind, zeigt, dass sie ihrer Verantwortung nicht gerecht werden. Der Paragraph 14 des Grundgesetzes wird missachtet, der sagt: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll allzeit dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

Versteckte Parteienfinanzierung

Helmut Kohl hielt sein Ehrenwort gegenüber heimlichen Geldgebern für wichtiger als seinen Amtseid und legte schwarze Kassen an. Was dafür die Geldgeber bekamen ist unklar.

Tricksen bei der Parteienfinanzierung

Damit die Parteien sich beim Staat und seinen Bürgern finanziell bedienen konnten, hat man die Regeln für die Parteienfinanzierung immer wieder so verändert, dass sie nicht mehr mit vorigen Regeln vergleichbar waren, man also nicht sauber feststellen konnte, wer da wovon profitierte.

Versagen der Christlichen

Man achtet vor Allem auf den eigenen Vorteil, auf Machterhalt. Deshalb greifen christliche Politiker die Konkurrenz an, oft, ohne eigene, bessere Ideen zu haben. Die Demokratie braucht aber nicht nur eine engagierte Regierung, sondern auch eine ernsthafte Opposition, die durch ihre Vorschläge das Niveau der Parlamentarischen Debatten hoch hielte. Beide, Regierung und Opposition, sind für die Qualität des Staates verantwortlich, egal, wer gerade an der Macht ist. Viele Vorschriften und Gesetze scheiterten vor Gerichten, weil sie Pfusch waren. Man redet den Wählern nach dem Mund, statt ihnen ehrlich zu sagen, was nötig wäre. Etwa dass der Angriff auf die Ukraine auch unseren Wohlstand mindert, weil mehr Geld für Waffen nötig ist.

Aufgabe der Christlichen wäre eine solide konservative Politik, die auch das Erstarken der Populisten verhindert hätte. Aber da war zu wenig, denn man wollte – trotz konservativer Ansprüche – unbedingt die Mitte besetzen. Statt dessen verhält man sich selbst populistisch und behauptet zugleich eine Brandmauer zu den Rechten aufrecht zu erhalten.

Solange die Christlichen nicht ihre eigenen Fehler einsehen und bekennen, scheint es mir besser ihnen noch eine Weile in der Opposition Zeit zur Besinnung zu geben.